

Maschinenbau weiter ganz vorn

IHK sieht „optimistische Grundstimmung“ in der Wirtschaft / Weniger Beschäftigte

VON WILFRIED MASSMANN

Bielefeld. Weniger Betriebe, weniger Mitarbeiter, aber mehr Umsatz. Diese Entwicklung kennzeichnet die Industrie in Bielefeld und in Ostwestfalen. Bei der Präsentation der Konjunkturdaten der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld zeigte sich Präsident Herbert Sommer zuversichtlich: „Die Stimmung ist schon besser als die Lage.“

Wachstum, sagte Sommer, finde aber fast ausschließlich im Ausland statt. „Die Industrieunternehmen nutzen weiterhin alle Möglichkeiten, zu rationalisieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Bielefeld liegt nach Aussagen von IHK-Hauptgeschäftsführer

Thomas Niehoff bei der industriellen Exportquote in Ostwestfalen mit 33,8 Prozent an zweiter Stelle. Nach dem Kreis Paderborn mit 34,8 Prozent. Gefolgt von dem Kreis Gütersloh mit 30,8 und Minden-Lübbecke mit 30,7 Prozent.

Bemerkenswert, so Niehoff, ist die Dominanz des Maschinenbaus in Bielefeld, die weiter zunimmt. Er erwirtschaftete mehr als ein Drittel des gesamten Bielefelder Industrieumsatzes. „Deutlich mehr“ als die Hälfte des gesamten Industriellen Exports. Allerdings hat der Maschinenbau die Zahl der Beschäftigten um 3,2 Prozent gesenkt.

Die Bielefelder Industrie konnte ihren Gesamtumsatz 2005 um sechs Prozent und den Export um 9,8 Prozent steigern. Der Beschäftigungsrückgang setzte sich 2005 fort mit einem



Sind zuversichtlich: IHK-Geschäftsführer Dr. Christoph von der Heiden, Hauptgeschäftsführer Thomas Niehoff, Präsident Herbert Sommer, Vize-Hauptgeschäftsführer Harald Grefe (v.l.). FOTO: ANDREAS ZOBE

Minus von 8,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Höhe des Rückgangs soll mit einem statistischen Sondereffekt zusammenhängen, der aus Datenschutzgründen vom Landesamt nicht genannt wird.

Wie der Hauptgeschäftsführer betonte, hat Bielefeld aber den höchsten Beschäftigungsanteil im Dienstleistungsbereich aller Kreise in OWL. Mit wachsender Tendenz. „Der Anteil der Industrie schrumpft weiter.“

2004 hat die Zahl der sozialver-

sicherungspflichtig Beschäftigten in Bielefeld im Vergleich zu 2003 um 1,6 Prozent abgenommen. Sie sank von 126.763 auf 124.716.

Der tertiäre Sektor – Handel, Banken, Gastronomie, Bahn, Post, Schule, Polizei, Krankenhäuser, Ärzte, Anwälte und Architekten – betrug 70 Prozent. Die Beschäftigung in der Industrieproduktion sank im selben Jahr von 42 auf 25 Prozent.

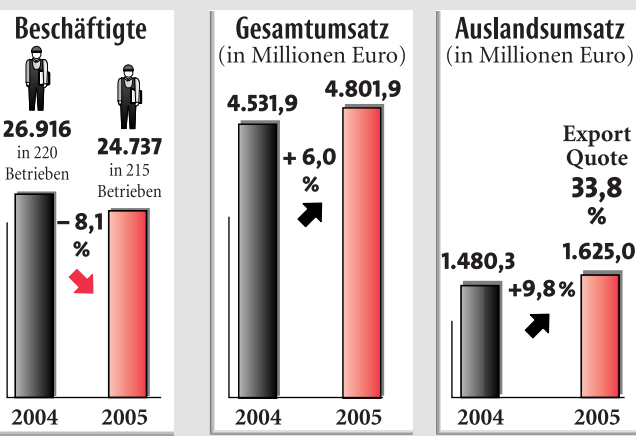
33 Prozent der Bielefelder In-

dustrieunternehmer erwarten 2006 höhere Umsätze, 53 gleichbleibende. Im Exportgeschäft wollen sogar 63 Prozent wachsen. 26 Prozent bewerten ihre Geschäftslage laut IHK-Umfrage von Januar als gut, 67 als befriedigend.

Jeder dritte Betrieb rechnet mit einer verbesserten, jeder zweite mit einer gleichbleibenden Geschäftslage. „Die optimistische Grundstimmung“, so Thomas Niehoff, „dürfte in der Bielefelder Industrie anhalten.“

Verarbeitendes Gewerbe in Bielefeld

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
Januar bis Dezember 2004/2005



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt NRW, IHK-Berechnungen

Nachtbus zu Diskos fährt ab heute häufiger

Bielefeld. Am Wochenende beginnen für Diskothekenbesucher und Nachtschwärmer aus Herford und Bielefeld bequemere Zeiten: Die BVO Busverkehr Ostwestfalen GmbH setzt ihren NachtExpress N12 häufiger zwischen Herford und Bielefeld ein und erreicht dadurch in beide Richtungen einen Halbstundentakt.

Der NachtExpress N12 kehrt über die Herforder Straße – Baumheide – Brake – Stedefreund nach Herford und zurück und bedient dabei die Diskotheken Ringlokschuppen in Bielefeld sowie GoParc und die Disco X in Herford. Zwischen 1.05 Uhr und 4.05 Uhr fährt der NachtExpress N12 in der Nacht auf Samstag alle dreißig Minuten ab Jahnplatz.

Die Abfahrt des N12 zur Baumheide um 5.05 Uhr ab Jahnplatz wird bis Herford verlängert.

Beckhausstraße ab heute wieder frei

Bielefeld. Heute, 24. Februar, wird im Laufe des Tages die Straßensperrung der Beckhausstraße zwischen Schildescher Straße und Brüggemannstraße aufgehoben. Die Einbahnstraße zwischen Herforder Straße und Brüggemannstraße bleibt weiterhin bestehen. Außerdem muss die Turbinenstraße vor der Einmündung in die Beckhausstraße voraussichtlich von Montag, 27. Februar, bis Freitag, 10. März, voll gesperrt werden.

Nur eine Spur auf der Herforder Straße

Bielefeld. Wegen eines Wasserrohrbruchs bleibt die rechte Spur der Herforder Straße stadteinwärts zwischen Sattelmeyerweg und Karolinenstraße in Höhe des Möbelhauses voraussichtlich noch bis Freitag, 3. März, gesperrt. Grund sind Reparaturarbeiten an einem gebrochenen Wasserrohr, wie die Stadt mitteilte. Der

Ratsmehrheit gegen Oberbürgermeister

Empfehlung: Keine Unterbrechung der befristeten Arbeitsverhältnisse und Fortsetzung der bisherigen Praxis

Bielefeld (fb). Eine Mehrheit aus SPD, Grünen, PDS und Bürgernahe hat gestern Abend im Rat dem Oberbürgermeister empfohlen, die befristeten Arbeitsverträge nicht wie geplant zu unterbrechen. Außerdem soll er die bisherige Praxis beim Verlängern von Fristverträgen ohne Unterbrechung fortsetzen. Da Eberhard David (CDU) Chef der Verwaltung ist und die Personalhoheit hat, muss er sich an die Empfehlung nicht halten. Gestern Abend war noch nicht zu erfahren, wie er sich verhalten wird.

Kämmerer Franz-Josef Löseke erläuterte den Sachverhalt und präziserte das geplante Vorgehen. Er gab zu, dass zunächst grundsätzlich geplant war, die Fristverträge länger als einen Monat zu unterbrechen, um angesichts des Zwangshaushalts Kosten zu sparen. Nach Gesprächen mit allen betroffenen Abteilungen stellt sich die Situation laut Löseke inzwischen so dar:

Zum 1. Oktober 2005 gab es 275 befristete Arbeitsverträge. Davon liefen 135 zwei Jahre oder länger. Deshalb sollen diese ohne Unterbrechung übergeleitet werden, sofern die Aufgabe der betroffenen Mitarbeiter weiter wahrzunehmen sei. Ihr Besitzstand werde gewahrt. Von den übrigen 140 (davon 107 Frauen) sei in 33 Fällen auch bei längerer Unterbrechung das bisherige Entgelt zu zahlen. Auch da werde es, wenn die Aufgaben weiter bestehen, zu einer Überleitung kommen.

Es verbleiben 107 Verträge, die im Einzelfall zu prüfen seien: 42 im Erziehungsdienst (40

Frauen) und 52 im Reinigungsdienst (alles Frauen). Löseke möchte die 42 Verträge im Erziehungsdienst bis zum Beginn der Schulferien 2007 verlängern, um einen Engpass im kommenden August zu vermeiden.

Im Sommer 2007 könnten dann Verträge abgeschlossen werden, die die gültigen Entgelte des neuen Tarifvertrages berücksichtigen. Bei den Gebäudereinigerinnen werde jeder Einzelfall geprüft. „Wir achten immer darauf, dass Quantität und Qualität der zu verrichtenden Arbeit nicht beeinträchtigt werden“, sagte Löseke.

Die Gleichstellungsbeauftragte Ilse Buddemeier lehnte das Vorhaben Davids entschieden ab. Sie verwies darauf, dass 76 Prozent der betroffenen Personen Frauen seien. Der Plan verschärfe die strukturelle Benachteiligung der Frauen. Er füge dem hohen Arbeitsmarktrisiko einer befristeten Beschäftigung den Nachteil einer deutlichen Einkommenseinbuße hinzu, die sich dann beim Bezug von Arbeitslosengeld fortsetzen werde. Der Einkommensverlust könne bis zu fast 800 Euro betragen.

SPD-Fraktionschef Pit Clausen nahm seinen Vorwurf, das

Vorhaben sei tarifwidrig, angesichts des gestrigen Vortrages von Löseke ausdrücklich zurück. „Das zunächst geäußerte Ziel, grundsätzlich so zu verfahren, wäre allerdings möglicherweise tatsächlich tarifwidrig gewesen“, betonte er und kritisierte die Tarifparteien: „Was haben die sich eigentlich gedacht? Warum trifft es ausgerechnet die ohnehin schon wenig Verdienenden?“ Dennoch sei das Vorhaben Davids dazu geeignet, den Betriebsfrieden zu stören. Der verbleibende Kostenvorteil von vielleicht 60.000 Euro könne die Nachteile nicht aufwiegen: „Lassen wir das Fass zu.“

David bezeichnete den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst als Kompromiss. „Aber warum hatte Verdi nicht die Kraft, den Passus mit Fristunterbrechungen zu verhindern?“ Im übrigen sei der Tarifvertrag in Kraft, und er wolle sich daran halten.

Ralf Schulze (BfB) bezeichnete die Debatte als „typische Bielefelder Geisterdebatte“, er könne an dem Vorgehen der Stadt nichts Unsoziales entdecken. Und CDU-Fraktionschef Rainer Lux bezeichnete das Verfahren als „in Ordnung“. „Das ist nichts rechtswidriges, der Tarifvertrag wird eingehalten.“

Hartmut Geil (Grüne) meinte, vieles spreche dafür, dass die beabsichtigte Vorgehensweise der Stadt rechtswidrig sei. Das wisse man aber erst nach der letzten Instanz beim Bundesarbeitsgericht. Bis dahin ergebe sich kein Spareffekt, und Kosten für verlorene Prozesse kämen noch dazu.



Protest: Rund 150 zumeist befristet bei der Stadt Beschäftigte verfolgen die Diskussion. FOTO: ANDREAS FRUCHT

Nur einmal Buddeln am Autobahnkreuz

Antrag von Rot-Grün gestern Abend im Rat mit Mehrheit angenommen

Bielefeld (Gün). Mit der Mehrheit von SPD, Grünen, Bürgernahe und PDS hat der Rat gestern Abend einen Antrag von Rot-Grün angenommen, im Bereich des Autobahnkreuzes A 2/A 3 nur eine einzige Abgrabung zuzulassen.

Wie wir berichteten (siehe

Neue Westfälische vom 9. Februar), wollen die Grünen eine unkontrollierte Buddelerei verhindern, da jedes offene Gewässer zu einem Anziehungspunkt für Freizeitaktivitäten mit allen Folgeproblemen werden könnte.

Außerdem könne das Grund- und Trinkwasser verunreinigt werden. Bislang lägen drei Grabungsanträge vor. Zustimmung erhielten die Grünen von der Senner SPD-Ratsfrau Karin Schrader, die einen Schweizer Käse und die Zerstörung der Landschaft befürchtete.

Sie verwies auf die Machbarkeitsstudie, die die SPD für rund 30.000 Euro in Auftrag gab und deren Ergebnisse Mitte März erwartet werden.

Ralf Nettelstroth (CDU) empfahl den Grünen, ihren Antrag zurückzuziehen: „Da kann man nicht zustimmen.“

Ende zweier Bezirksämter besiegelt

Rat ändert die Hauptsatzung

Bielefeld (fb). Bei vier Gegenstimmen (Bürgernahe, PDS sowie Georg Fortmeier, SPD) hat der Rat gestern Abend die Hauptsatzung geändert. Damit ist das beschlossene Aus für die Bezirksämter Dornberg und Gadderbaum auch ins Satzungsrecht aufgenommen.

Bezirksvorsteherin Hannelore Pfaff (Grüne, Gadderbaum) beklagte, die Verwaltung habe sich nicht bemüht, den Bürgerwillen zu erkunden oder die betroffenen Bezirksvertretungen und -ämter in das Verfahren „produktiv mit einzubeziehen“.

Ihre Kollegin Mareile Hempelmann (BfB, Dornberg) erklärte, die Bezirksvertretung werde nicht bis zur Selbstaufgabe gehen. Auf ein Bürgerzentrum in guter Lage, in dem das gesellschaftliche und das Vereinsleben des Bezirks ebenso wie die Bürgerberatung Platz fänden, sei nicht zu verzichten.

Barbara Schmidt (PDS) lehnte die Satzungsänderung ab, weil das Verfahren un demokratisch gewesen sei: „Unter Ausschluss aller Ratsgruppen und al-

ler Betroffenen.“ Enno Linkmeyer (Bürgernahe) erklärte, beim Abwägen der Interessen, Geld zu sparen oder eine bürgernahe Verwaltung zu haben, habe das Letztere Vorrang. Er unterstützte den Vorstoß von Bernd Brunemeier (SPD) für eine bürgernahe Verwaltung (NW v. Dienstag, 21. Februar).

SPD-Fraktionschef Pit Clausen forderte, den Bürger als Partner zu verstehen, ihn zu aktivieren, damit er Verantwortung übernehme: „Das geht dezentrale besser.“ Gleichwohl trage die SPD die Schließung der beiden Ämter mit, dann sei aber Schluss. Ein Konzept zur weiteren Entwicklung sei nötig.

Dienstleistungen vor Ort schaffen Bürgernahe, nicht Verwaltung vor Ort, sagte Dr. Inge Schulze (Grüne). Bezirke sollten mehr Zuständigkeiten erhalten.

Detlef Helling (CDU) empfahl in der Sache der Bezirke „kreativ nach vorne zu denken“.

Der SPD warf er vor, mit dem Brunemeier-Antrag zum Parteitag Kommunal-Wahlkampf machen zu wollen.

Briefe an die Lokalredaktion

Wütend und traurig dem Zwang unterworfen

Über die Aufforderung der Stadt an die Bürger, auf dem Friedhof Sieker Gehölze drastisch zu beschneiden, ärgern sich weiter Bielefelder. So auch Leserin Angelika Groß.

Ich kann mich dem Unmut der Herren Klemme und Oertmann nur anschließen. Auch wir mussten einen schmalen Nadelbaum auf die vorgeschriebene Höhe von 1,50 m „kaputt schneiden“. Mein Großvater hatte ihn als winziges Gewächs vor ca. 35 Jahren nach dem Tod meiner Großmutter gepflanzt. Meine Eltern haben das Lager auch als ihre Ruhestätte „nachgekauft“, zwischenzeitlich ist mein Vater dort ebenfalls beerdigt.

Dieses Nadelbäumchen war für uns immer so etwas wie das äußere Verbindungszeichen der Generationen in diesem Grab. Das schmale Gewächs steht fest und sicher am oberen Rand der Lagerstätte, die direkt an einen Weg grenzt. Es hat niemandem behindert, da es seitlich nicht in den Weg hineinragt. Hinter dem Grabstein und dem Bäumchen daneben ist ohnehin ein zirka 2 m breiter Abschnitt mit Büschen und Sträuchern, ehe das nächste Gräberfeld beginnt. Wütend und traurig haben wir uns dem Zwang der Friedhofsatzung unterworfen. Ein Rechtsstreit erschien uns wenig Erfolg versprechend.

Probleme beim Ausheben einer Gruft und Mehrkosten werden doch – wie jeder andere noch so kleine Handgriff im Zusammenhang mit einer Bestat-

tung – sowieso den Hinterbliebenen bzw. Besitzern des Grabes in Rechnung gestellt. Also kein wirkliches Argument!

Und wo bleibt das „Sicherheitsempfinden der Besucher“, wenn der Friedhofsweg zwischen Schweriner Straße und Oldentruper Straße von zum Teil rücksichtslosen Radfahrern nur als Abkürzungsweg benutzt wird? Wo bleiben Sicherheitsempfinden und Würde des Friedhofes, wenn auf Rasenflächen, unter denen noch immer Menschen bestattet sind, Fußball gespielt wird. Oder wenn die Wege von Jugendlichen auf Rädern, Bikes oder Skates als Rennbahnen benutzt werden? Wenn „Sicherheitsempfinden“ einen so hohen Stellenwert haben, dass zum Teil sehr schöner, alter und keineswegs störender Pflanzenbewuchs vernichtet werden muss, dann können Hinterbliebene und Friedhofsbesucher erwarten, dass mit gleicher Nachhaltigkeit diesem Treiben durch die Ordnungsbehörde ein Ende gesetzt wird.

Angelika Groß
33613 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Falls Sie per E-Mail schreiben, geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer mit an. So können wir überprüfen, ob der Leserbrief wirklich von Ihnen stammt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegen folgende Prospekte bei:

MediaMarkt

Saturn

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute einen oder mehrere der oben genannten Prospekte nicht vorfinden. Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne! Tel. (05 21) 5 55-6 26 oder Fax (05 21) 5 55-6 31